

# Sächsisch Staatszeitung

Staatsanzeiger für den Freistaat Sachsen



Erscheint Werktags nachmittags mit dem Datum des folgenden Tages.  
Bezugspreis: Unmittelbar oder durch die Postanstalten 5 M. monatlich. Einzelne Nr. 20 Pf.  
Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 21 296, Schriftleitung Nr. 14 574.  
Postfachkonto Dresden Nr. 2486.

Ankündigungen: Die 32 mm breite Grundzeile oder deren Raum im Anknüpfungsteil 2 M., die 66 mm breite Grundzeile oder deren Raum im amtlichen Teile 4 M., unter Eingangs 5 M. — Ermäßigung auf Geschäftsanzeigen.  
Schluß der Annahme vormittags 10 Uhr.

Zeitweise Nebenblätter: Landtags-Beilage, Synodal-Beilage, Besetzunglisten der Verwaltung der Staatsschulden und der Landeskulturrentenbank, Jahresbericht und Rechnungsabluß der Landes-Brandversicherungsanstalt, Verkaufsliste von Holzpflanzen auf den Staatsforstrevieren.

Beauftragt mit der Oberleitung (und pressegesetzlichen Vertretung für den schriftstellerischen Teil): Regierungsrat Doenges in Dresden.

Nr. 88

Sonntag, 17. April

1921

## Sammlung für die Sipo.

(N.) Ein Aufruf in den „Leipziger Neuesten Nachrichten“ zu einer Sammlung für die Hinterbliebenen der Gefallenen und für die verletzten Angehörigen der Sipo muß zu der Annahme verleiten, daß es sich hierbei um eine Sammlung zugunsten der Angehörigen der Sächsischen Landespolizei handle. Diese Annahme ist irrig. Die Sächsische Landespolizei ist im mitteldeutschen Aufmarschgebiet überhaupt nicht tätig gewesen. Sie hat auch keine Verluste bei Kampfhandlungen gehabt. In den zwei Fällen, wo Angehörige der Sächsischen Landespolizei durch Unfallsfälle verletzt und getötet worden sind, sieht ihnen über ihren Angehörigen ein Anspruch auf Unterstützungen nach Maßgabe des Beamten-Unfallfürsorgegesetzes zu. Die Sächsische Landespolizei ist deshalb nicht auf die private Wohltätigkeit angewiesen.

## Die Wiedergutmachungspflicht.

Berlin, 16. April. Eine Groß-Berliner Funktionärerversammlung der S.P.D. nahm einstimmig eine Entschließung an, in der es heißt, die deutsche Arbeiterschaft erkenne an, daß sie bereit ist, die volle Verantwortung für alle berechtigten Wiedergutmachungsforderungen zu übernehmen. Die Wiedergutmachungspflicht müsse aber begrenzt sein durch die Leistungsfähigkeit des deutschen Volkes. Die Anwendung militärischer Gewalt durch die Nachbarn des Reiches diene nur dazu, die Reaktion und den Kapitalismus in allen Ländern zu stärken und die Lebens- und Arbeitsbedingungen der internationalen Arbeiterschaft herabzudrücken.

## Angedrohtes Recht auf Teilung Oberschlesiens.

Paris, 15. April. Über die Folgen der Volksabstimmung in Oberschlesien äußerte sich ein Bericht vor dem Kammerauschuß dahin, daß der Vertrag von Versailles sowie der zum Ausdruck gekommene Willen der Bevölkerung das Recht gebe, eine Teilung des Abstammungsgebietes vorzunehmen und zwar in der Art, daß man Polen die Stuben und die industriellen Bezirke zuteilt, und Deutschland die wirtschaftliche Zone.

## Überwachung sämtlicher Zolleinnahmen.

Paris, 16. April. Wie der „Matin“ mitteilt, haben gestern außer der am Vortag in Elisee abgehaltenen Besprechung am Nachmittag noch zwei Sitzungen stattgefunden, die eine im Ministerium für öffentliche Arbeiten, die zweite am Abend mit denselben Personen in Elisee. Alle diese Beratungen sollen der Beilegung des Ruhrgebietes und dem Plane gegolten haben, dieses Gebiet eventuell wirtschaftlich, finanziell und administrativ auszubilden. Der „Matin“ macht übrigens darauf aufmerksam, daß, falls es zu einem Konflikt kommen sollte, die Besetzung nicht am 1. Mai, sondern wohl etwas später erfolgen werde. Das Blatt sagt, nach Auskunft, die es erhalten habe, werde die Zustimmung Deutschlands zu dem Abkommen von Paris, das verfallen sei, nicht genügen. Die einzige Befriedigung, die neue Zwangsmaßnahmen verhindern könne, sei, daß Deutschland, nachdem es die eine Milliarde Gold, die es bereits hergegeben hat, für die elf anderen fehlenden Milliarden Zahlungen in Waren, in Gold oder Industriedeteiligungen sowie eine rasche Garantie, wie z. B. die Kontrolle über sämtliche Zolleinnahmen anbietet. Welche die dies nicht, dann würden die Verbündeten handeln.

## Wie ein Mann für den Anschluß.

Juni 1918, 15. April. Heute fand ein großer Demonstrationsumzug gegen das Anschlußverbot der Verbündeten statt. In einer Ansprache gab Landeshaupmann Schraffel der Hoffnung Ausdruck, daß auch die übrigen Mitglieder der Landesregierung sich seiner Überzeugung von dem Rechte der Volksbefragung anschließen würden. Zum Schluß wurde erklärt, die Titoler würden wie ein Mann für den Anschluß an Deutschland stehen. Ohne Zwischenfall löste sich der Zug auf.

## Die Besetzungspläne der Entente.

### Die französischen Rüstungen.

Paris, 16. April. Marcel Gutin teilt dem „Echo de Paris“ mit, der gestrigen Beratung im Elisee habe ein militärischer Bericht des Marschalls Foch und ein wirtschaftlicher Bericht des Ministers Loucheur zugrunde gelegen. In seinem Bericht unterscheidet der Marschall zwischen den Truppen, die zu Beginn der Besetzung des Ruhrgebietes unerlässlich seien, und deren Zahl eine hohe sei, und den Truppen, mit denen man sich später begnügen könne. Die letzteren Truppen dürften die Hälfte der Truppen nicht übersteigen, welche die französische Armee bis 1. April am Rhein unterhalten habe. Für den ersten Fall müsse man zwei Jahrestlassen einberufen.

### Enver Pascha.

London, 16. April. Wie der „Daily Telegraph“ meldet, ist Enver Pascha in Viena angekommen, um dort mit den Bolschewisten über die Fortsetzung der England feindlichen Propaganda in Afghanistan und im mittleren Osten zu beraten.

## Verband und das neue deutsche Angebot.

Paris, 15. April. Vor dem Kammerauschuß für auswärtige Angelegenheiten erklärte Briand, daß, wenn Deutschland bis zum 1. Mai neue Angebote mache, er es nicht übernehmen würde, in neue Verhandlungen einzutreten, ohne vorher Bürgschaften erhalten zu haben, um eine Fortsetzung der ausbleibenden Politik zu verhindern, die Deutschland zu betreiben versuche. Es weigerte sich, Unterhandlungen mit Mittelspersonen anzuknüpfen. Neue Verhandlungen würden unmittelbar zwischen Vertretern des Verbandes und denen der deutschen Regierung geführt werden. Falls Deutschland auf seiner Weigerung verharre, seien Verpflichtungen nachzukommen, habe die Regierung bereits einen Gesamtplan im Auge gefaßt, der im Einvernehmen mit den anderen Verbündeten in Anwendung gebracht werden könne. Briand versicherte, wenn Frankreich neue Opfer bringen müsse, daß diese sofort kompensiert würden. Die besetzten Gebiete würden so organisiert werden, daß Frankreich sichere Bürgschaften für die Wiedergutmachung der Schäden erhalte.

Bzüglich der neuen Vorschläge, die Deutschland vor dem 1. Mai machen könne, erklärte Briand, daß diese Angebote sich wahrscheinlich in der Hauptsache auf Arbeitskräfte und Materialien beziehen würden. Diese Art der Reparation könne günstig aufgenommen werden unter der Voraussetzung, daß die deutsche Regierung einen genaueren Plan zur Zusammenarbeit vorlege, als dies in Spa geschehen sei.

### Nicht nur das Ruhrkohlengebiet.

Paris, 16. April. Marcel Gutin erklärte im „Echo de Paris“, daß aus der gestrigen Besprechung im Elisee offenbar hervorgehe, daß man sich nicht begnügen werde, das Ruhrkohlengebiet der Ruhr zu besetzen, sondern daß die Besetzung sich wenigstens zum Teil auf das weitere Industriegebiet von Westfalen ausdehnen werde.

### Der Fall Eyll.

Berlin, 16. April. Da von kommunistischer Seite immer von neuem die Behauptung aufgestellt wird, der Obermaschinenist Eyll sei im Berliner Polizeipräsidium einem Mord zum Opfer gefallen, hat sich der Polizeipräsident zum Schutz der ihm unterstellten Beamten und im Interesse einer gerichtlichen Klarstellung der Angelegenheit entschlossen, gegen die Verbreiter der genannten Behauptung Strafklagen zu stellen. Zunächst ist Strafklage gegen die verantwortliche Schriftleitung der „Roten Fahne“ sowie gegen verschiedene kommunistische Redner in Versammlungen des Stadtparlaments gestellt worden.

### Die Tschechoslowakei und die Sanktionen.

Prag, 15. April. Der Abgeordnetenausschuß für auswärtige Angelegenheiten beschloß einstimmig, daß die Frage der Beteiligung der Tschechoslowakei an den Sanktionen gegen Deutschland nur auf verfassungsmäßigem Wege gelöst werden kann.

### Die englischen Bergarbeiter für den Vorschlag Hodges.

London, 15. April. Thomas teilte mit, er habe den Bergarbeiterbund davon in Kenntnis gesetzt, daß die Bergarbeiter den von Hodges gestellten Vorschlag annehmen sollten. Er finde es deshalb nicht gerechtfertigt, den Eisenbahnern den Streikbefehl zu erteilen. Die Transportarbeiter hätten den Eisenbahnern zugestimmt.

### Japan und die Mandatsfrage.

Paris, 16. April. Nach einer Meldung der „Chicago Tribune“ aus Tokio beabsichtigt die japanische Regierung sich vor der Verantwortung der amerikanischen Note über die Mandatsfrage mit Frankreich und England in Verbindung zu setzen.

### Teilnahme Amerikas an den Sitzungen der Allierten.

Paris, 15. April. Langjamme äußert dem „Matin“, daß wahrscheinlich Präsident Harding dem amerikanischen Vertreter bei der Reparationskommission Boyd den Auftrag erteilen werde, wieder an den Sitzungen der Allierten teilzunehmen. Es sei auch nicht unmöglich, daß der amerikanische Botschafter Wallace aufs neue in kürzester Zeit an den Beratungen des Vorkonferates teilnehmen wird.

### Abrüstungskonferenz in Washington.

London, 16. April. Nach einer Neuentdeckung aus Washington hat Rogers, ein Mitglied des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten, im Repräsentantenhaus eine Entschließung eingebracht, in welcher Präsident Harding aufgefordert wird, Großbritannien, Frankreich und Italien zu einer Abrüstungskonferenz nach Washington einzuladen. Bis man über die Abrüstung übereingekommen sei, werde es die Politik des Kongresses sein, daß die Vereinigten Staaten eine Flotte haben, die keiner anderen Macht unterlegen sei.

### Holz gefangen.

Das Berliner Polizeipräsidium teilt mit, daß der kommunistische Bundesführer Max Holz mit zwei seiner Leute in einer Sachhandlung festgenommen worden sei.

Zur Festnahme Holz' wird noch gemeldet: Die Kriminalpolizei hatte ermittelt, daß Holz sich schon seit mehreren Wochen in Berlin aufhielt. Er wurde vor zwei Tagen in einer Pension im Westen entdeckt. Kurz vor seiner Festnahme war es ihm jedoch gelungen, wieder zu entkommen. Heute nacht beobachteten zwei Polizeibeamte, wie Holz, der versucht hatte, durch Abnahme des Bartes und Kurzschneiden des Haupthaars sowie durch eine Hornbrille sich unkenntlich zu machen, ein Kaffeehaus aufsuchte. Als er dieses zusammen mit einem Begleiter verließ, wurden beide von den Beamten festgenommen. Auf die Frage, wer er sei, erwiderte er, das wüßten sie ebenso gut wie er; sie brauchten ja nur im Fahndungsblatt nachzusehen. Als ihm auf den Kopf zugehakt wurde, daß er Holz sei, gab er dies zu. Die Verhafteten wurden nach dem Polizeipräsidium gebracht. Die Polizei sucht nach drei Koffern, die Holz mit sich führte und in denen man außer den geraubten Geldern und Wertpapieren das gesamte Material über die Organisation des Märzauflandes vermutet.

## Wie erreicht Oesterreich den Anschluß an Deutschland?

Die Abstimmung Tirols über den Anschluß an Deutschland ist auf den 24. April festgesetzt worden, und auch im Wiener Parlament drängt man darauf, daß die in Aussicht genommene Volksabstimmung über den Anschluß an das Deutsche Reich durchgeführt werde. So zeigt sich, daß der Anschlußgedanke, den die Franzosen mit allen Mitteln zu unterdrücken suchten, sich nicht aufhalten läßt. Einer der hervorragendsten Vertreter dieses Gedankens, der bekannte Geschichtsforscher Ludo Moritz Hartmann, der frühere österreichische Gesandte in Berlin, richtete in einer im Verlage von J. K. Perthes in Weimar unter dem Titel „Großdeutsch oder Kleindeutsch?“ erscheinenden Schrift einen „Appell an den schlechtestunterrichteten Regierungen an die besser zu unterrichtenden Völker“. In scharfen geschichtlichen Darlegungen gibt er eine Entwicklung der großdeutschen Idee und spricht als genauer Kenner der Verhältnisse über die Hemmnisse, die sich dem Anschluß Österreichs entgegenstellten. Zum Schluß aber zeichnet er dem deutsch-österreichischen Volk genau den Weg vor, den es gehen muß, um die lebensnotwendige Vereinigung mit Deutschland durchzuführen. Das österreichische Volk ist allein dazu berufen, mit Energie und Bedachtsamkeit seine eigene Sache zu vertreten, denn es kann sich auf das Selbstbestimmungsrecht stützen, das als Grundlage des Friedensvertrages wie des internationalen Rechts überhaupt anerkannt ist. Leitet die österreichische Nationalversammlung die einstimmig beschlossene Volksbefragung über den Anschluß an Deutschland nicht selbst in die Wege, dann kann vom Volk die Abstimmung erzwungen werden, wie ja schon das Land Tirol selbständige Schritte in dieser Richtung getan hat. Ist aber die Abstimmung vollzogen, die zweifellos mit einer sehr großen Mehrzahl der für Deutschland stimmenden abgesehen würde, dann müssen die Delegierten Österreichs mit diesen Abstimmungsergebnissen auf Grund der Bestimmungen des Friedensvertrages vor den Rat des Völkerbundes treten und ihr Recht fordern. Nach dem Statuten des Völkerbundes aber ist für einen Beschluß Einmütigkeit erforderlich. Wie ist diese Einmütigkeit in der Anschlußfrage zu erreichen?

„Man wird vielleicht das Recht haben, anzunehmen“, sagt Hartmann, „daß nur Frankreich innere Bedenken tragen wird, das Selbstbestimmungsrecht der Deutschen durch sein Votum anzuerkennen.“ England und Amerika haben an der Trennung Österreichs von Deutschland kein besonderes Interesse, und ihnen ist die Ruhe und Ordnung in Europa wichtiger als die Offenhaltung einer so gewichtigen Frage. Sie sind auch zu gute Redner, um zu glauben, daß die Angliederung Österreichs in ablehbarer Zeit Deutschland einen ansehnlichen Nachzuwachs bringen könnte. Italien aber hat ein wesentliches Interesse daran, mit Deutschland eine gemeinsame Grenze zu bekommen und will vor allem die Wiederkehr einer habzburgischen Großmacht verhindern, was durch den Anschluß geschehen kann. Es bleibt also von den Großmächten nur Frankreich, dessen Regierung es aus hysterischer Angst vor dem besiegten Deutschland auf jede Weise verhindern will, daß der Erbfeind, den man territorial und wirtschaftlich zu verkrüppeln bestrebt war, durch einen Zuwachs von Kilometern und Einwohnern vergrößert werde. Aber auch Frankreich wird sich dem festen Verlangen Deutschösterreichs nicht widerstehen können. Man stelle sich keine Frage vor, wenn gerade das Land, das sich am meisten mit seinen demokratischen Traditionen zu kräften pflegt allein von allen Völkern der Erde für ein Veto dagegen eintritt, daß ein Volk, ohne fremde Rechte zu verletzen, sein Leben nach eigenem Willen, den es in feierlicher Form proklamiert hat, einrichtet, und daß eine Volkseigentümlichkeit nur als Mittel zu fremden Zwecken behandelt wird. Und man stelle sich die Lage des Völkerbundes vor, zu dessen Aufgabe es nach seinem Statut gehört, die Gerechtigkeit herrschen zu lassen, und auf dessen Begründung in allen Teilen der Welt geradezu messianische Hoffnungen gesetzt werden, — der aber in seinem ersten wichtigen Spruch nach dem Empfinden des größten Teiles der Welt einen Rechtspruch statt eines gerechten Urteils fällt, sobald die